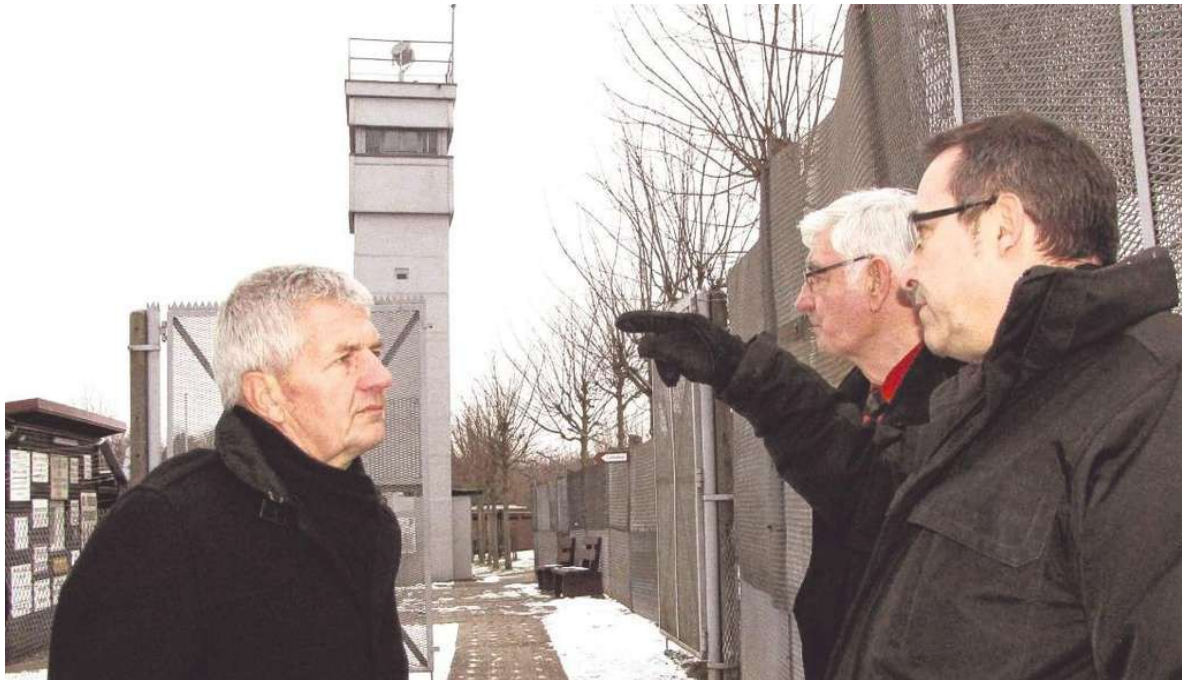


Stasi-Unterlagen-Beauftragter plädiert für 17. Juni als Feiertag

24.01.15 - 16:03



Bad Sooden-Allendorf. Roland Jahn, seit 2011 Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, hält den 17. Juni für den sinnvollsten Termin für einen deutschen Nationalfeiertag. Das sagte er beim Besuch des Grenz museums Schiffersgrund.

Bad Sooden-Allendorf. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der DDR fand in den zurückliegenden Jahren viel zu wenig statt. Bei der Aufarbeitung der Frage nach der eigenen Verantwortung, der eigenen Schule, welche Rolle jeder Einzelne damals gespielt hat, „stehen wir fast noch am Anfang“. Sie zu beantworten, dazu sind alle aufgefordert. Das sagte Roland Jahn, seit 2011 Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, beim Besuch des Grenz museums Sickenberg am Freitagmittag. Der Gedenkstätten-Verein hatte ihn zu einer Podiumsdiskussion in die Hessenhalle mit dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke (CDU), Eichsfeldkreis-Landrat Dr. Werner Henning (CDU) und Dr. Rainer Wallmann (Grüne), Vize-Landrat des Werra-Meißner-Kreises, eingeladen. Dem Gespräch folgten auch zwei Dutzend junge Bundespolizisten, die derzeit einen Lehrgang im Aus- und Fortbildungszentrum in Eschwege absolvieren.

Beim Aufarbeiten der Vergangenheit hält es Jahn für wichtig, dass vor allem versucht wird, das damalige Handeln zu verstehen. Es gehe nicht darum, gleich anzuklagen, auch dürfe nicht der Maßstab „gut oder böse?“ angelegt werden. Auch er habe, gesteht Jahn im selbstkritischen Rückblick ein, das Unrechtssystem in der DDR unterstützt, womit der gebürtige Jenaer beispielsweise seine Entscheidung für den Grundwehrdienst bei der Bereitschaftspolizei meint.

„Nur die Menschenrechte sind nicht verhandelbar.“

„Nur die Menschenrechte sind nicht verhandelbar“, machte der Behördenleiter mit politischem Auftrag deutlich. Und ging in dem Zusammenhang auf die durch die friedliche Revolution 1989 wieder möglich gewordene freie Meinungsäußerung und die Demonstrationen in Dresden und Leipzig und anderswo ein: Wo Demonstrierende „die Würde des Menschen verletzen, müssen wir einen Strich ziehen und selbst in die Verantwortung gehen“.

Von der Museumsvereins-Spitze Wolfgang Ruske und Stefan Heuckeroth-Hartmann konkret darauf angesprochen, hielt Jahn ein Plädoyer zum Verlegen des Nationalfeiertages vom 3. Oktober auf den 17. Juni. Mit einem solchen Feiertag sollte sich das Volk identifizieren können. Der 3. Oktober aber sei ein Tag, an dem ein von Politikern unterschriebener Vertrag in Kraft getreten ist. Hingegen stecke im 17. Juni alles drin - vom Widerstand des Volkes bis zum Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung sowie Deutsche Einheit und dem Niederschlagen von Unrecht.

Von Stefan Forbert